

Mitteilung für die Presse

Beschluss des SPD-Präsidiums zu einer Politik für Nahrungssicherheit und Nachhaltigkeit

Das Präsidium der SPD hat in seiner Sitzung am 19. Mai 2008 den folgenden Beschluss gefasst:

Die Preise für Nahrungsmittel sind weltweit stark gestiegen. Viele Menschen in Entwicklungsländern können die verteuerten Lebensmittel nicht mehr bezahlen. Konflikte um Nahrungsmittel und Ressourcen können auch zu einem Problem der internationalen Sicherheit werden.

Nach Angaben der FAO ist der Preisindex für Nahrungsmittel (FAO Food Price Index) im Zeitraum von März 2007 bis März 2008 um 57% gestiegen. Dieser Trend kann sich fortsetzen. Zudem drohen mit dem zunehmenden Klimawandel Produktionsrückgänge von teilweise mehr als 25% in fast allen Entwicklungsländern.

Diese Entwicklung trifft besonders die Ärmsten der Armen. In den Ländern, die auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind (v. a. in Afrika), kann die lokale Nachfrage kaum noch befriedigen. Hunger, Mangelernährung, Unruhen und Instabilität sind die Folge. Die Fortschritte der letzten fünf bis zehn Jahre beim ersten Millennium Entwicklungsziel (Halbierung von Armut und Hunger) können in kürzester Zeit wieder zunichte gemacht werden.

Diese Entwicklung ist eine Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft. Notwendig ist eine umfassende Analyse der Ursachen mit einem international abgestimmten Handlungskonzept. Dieses Thema muss auf dem G8-Gipfel, im Juli 2008 in Japan behandelt werden.

Die Ursachen für den internationalen Preisanstieg bei Lebensmitteln sind vielfältig:

- **Stärkere Nachfrage und veränderte Ernährungsgewohnheiten:** Die Zunahme von Kaufkraft in vielen Entwicklungsländern und insbesondere in den Schwellenländern hat zu einer gestiegenen Lebensmittelnachfrage und veränderten Ernährungsgewohnheiten geführt. Es wird mehr Fleisch und Milch verzehrt – wie dies in den Industrieländern schon lange der Fall ist.

- **Bevölkerungswachstum:** Zusätzlich führt das nach wie vor anhaltende globale Bevölkerungswachstum zu einer Steigerung der Lebensmittelnachfrage um 2% jährlich.
- **Spekulationen:** Die internationalen Kapitalmärkte sind auf der Suche nach lukrativen und relativ zukunftssicheren Anlagemöglichkeiten wieder auf die Agrarmärkte aufmerksam geworden. Wer auf steigende Lebensmittel in der Welt spekuliert, wer mit dem Hunger in der Welt spekuliert, verstößt gegen jedes ethische Prinzip.
- **Mangelnde Investitionen in landwirtschaftliche Produktivität:** Durch die mit Subventionen verbilligten Exporte von landwirtschaftlichen Überschüssen der Industrieländer in die Entwicklungsländer, sind die Preise auf deren lokalen Märkten in der Vergangenheit auf ein Niveau gesunken, mit dem die einheimische Landwirtschaft selbst bei geringen Löhnen nicht mithalten konnte. Weil es sich unter diesen Bedingungen nicht mehr lohnt in die Landwirtschaft zu investieren, sind viele v. a. afrikanische Länder heute zu Nettonahrungsmittelimporteuren geworden.
- **Klimawandel:** Die Verschiebung von Regenzeiten und die Verringerung von Niederschlagsmengen infolge des Klimawandels treffen vor allem die südliche Hemisphäre und führen schon heute zu einer verringerten Produktivität der Landwirtschaft vieler Entwicklungsländer.
- **Abnahme der Biodiversität:** Der Rückgang der biologischen Vielfalt und der für die Kulturpflanzen bedeutsamen genetischen Ressourcen ist ebenfalls eine Bedrohung für die Ernährungssicherheit und wird ohne Gegenmaßnahmen die Nahrungsmittelknappheit verstärken.
- **Überhitzung der globalen, regionalen und lokalen Märkte:** Manche Länder, die bisher Nahrungsmittel exportiert haben, haben im Zuge der Versorgungskrise Exportstopps oder Exportabgaben für landwirtschaftliche Produkte verhängt. Auf Importe angewiesene Nachbarländer geraten dadurch in noch größere Schwierigkeiten und der Weltmarktpreis wird durch Verknappung weiter nach oben getrieben.
- **Gestiegene Ölpreise:** Energiepreise wirken sich auf Nahrungsmittelpreise aus, da die Kosten der Landbearbeitung, von Dünger und Bewässerung sowie des Transports steigen.
- **Nachfrage nach Bioenergie:** Auch der global wachsende Anbau für Biodiesel und Bioethanol kann zum Preisanstieg von Nahrungsmitteln führen. Deshalb ist eine Politik des Augenmaßes und der Nachhaltigkeit bei der Nutzung der Biokraftstoffe erforderlich. Förderinstrumente und Quoten müssen vor diesem Hintergrund neu bewertet werden.

Kein Politikbereich kann die Probleme alleine lösen – Klima-, Umwelt-, Entwicklungs-, Agrar-, Energie-, Handels-, Außen- und Sicherheitspolitik müssen zusammenwirken.

Kein Staat kann die Probleme alleine lösen – internationale Zusammenarbeit ist essentiell. Schon 1996 und 2002 haben sich die Staats- und Regierungschefs der Welt auf zwei Welternährungsgipfeln die Halbierung der Zahl der Hungernden bis 2015 zum Ziel gesetzt. Um diese Ziele zu verwirklichen, ist eine Initiative der G 8 notwendig, die unter den gewandelten Rahmenbedingungen die erforderlichen Maßnahmen anstößt.

▪ **Die Märkte beruhigen**

Oberstes Gebot ist, die Märkte wieder zu beruhigen. Es darf keine protektionistischen Maßnahmen geben, die zu weiteren Verknappungen und Preisspiralen führen. Dafür brauchen die betroffenen Länder Sicherheit in Form von klaren internationalen Hilfszusagen. Denn wenn sie auf die eigenen Schutzmaßnahmen verzichten wollen, benötigen sie die Garantie, dass die Versorgung ihrer Bevölkerung gewährleistet werden kann und müssen sich auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft verlassen können.

▪ **In eine sozial- und naturverträgliche Landwirtschaft investieren**

Die Produktivität der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern ist signifikant zu steigern, ohne die natürlichen Ressourcen, die die Grundlage jeder agrarischen Produktion sind, zu schädigen. Dabei kann ein Programm helfen, das zu geringen Preisen und breitenwirksam die grundlegenden konventionellen landwirtschaftlichen Betriebsmittel (Dünger, Saatgut, Kredit) zur Verfügung stellt und die Vermarktung der Produkte gewährleistet. Gleichzeitig muss den Landwirten aber auch der umweltverträgliche Umgang mit diesen Betriebsmitteln nahe gebracht werden.

▪ **Nachhaltige Landwirtschaft und ländliche Entwicklung fördern**

Das afrikanische Landwirtschaftsentwicklungsprogramm CAADP (*Comprehensive Africa Agriculture Development Programme*) der Afrikanischen Union stellt einen herangereiften „Investment Plan“ dar. Die Lehren aus dem Weltentwicklungsbericht 2008 setzen die Prioritäten. Auch die Entwicklungsländer müssen in ihre nachhaltige ländliche Entwicklung investieren. Investitionen in die kleinbäuerliche Landwirtschaft haben dabei höchste Priorität. Die afrikanischen Länder haben sich verpflichtet, mindestens 10% ihrer Haushalte in diesem Bereich zu investieren.

▪ **Klimaschutz vorantreiben**

Eine konsequente Klimaschutzpolitik Deutschlands und der EU ist weiterhin von größter Bedeutung, um klimabedingte Ernteauffälle zu begrenzen. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, die globale Erwärmung auf maximal 2°C im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Dabei sind internationale Vereinbarungen für ein Post-Kyoto-Abkommen unverzichtbar. Die Industrieländer müssen Mittel für Technologietransfer und Adaptionsmaßnahmen gerade in den ärmsten Ländern zur Verfügung stellen.

▪ **Sicherung der biologischen Vielfalt**

Der Schutz der biologischen Vielfalt als Grundlage jeder landwirtschaftlichen Produktion muss weltweit vorangetrieben werden; dies umfasst auch die Diskussion internationaler Initiativen zur Agrobiodiversität auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD in Bonn im Mai 2008.

▪ **Agrarexportsubventionen abbauen**

Der endgültige Abbau von Exportsubventionen im Rahmen der WTO muss unser Ziel bleiben, damit langfristig bei wieder normalisierten Angebots- und Nachfrageverhältnissen die marktverzerrende Tretmühle des Exportdumping nicht mehr einsetzen kann; weitere Umorientierung der EU-Agrarpolitik weg von marktverzerrenden Agrarsubventionen, die bisher eine selbsttragende Landwirtschaft in den Entwicklungsländern behindert haben, hin zu einer Politik für den ländlichen Raum auch in der EU.

▪ **Biokraftstoffe nachhaltig entwickeln**

Bioenergie ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zur weltweiten Sicherung einer nachhaltigen Energieversorgung. Entscheidend ist, dass die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Bioenergieproduktion geschaffen werden. Die Nachhaltigkeit der Bioenergieerzeugung muss durch klare möglichst EU-weite Anforderungen gesichert werden. Besondere Bedeutung hat die Entwicklung und Markteinführung von nicht um die Agrarfläche konkurrierender Bioenergie (z.B. Gülle, Abfälle, Biokraftstoffe der 2. Generation).

▪ **Nahrungsmittelhilfekonvention reformieren**

Die kurzfristig wirksame Aufstockung des deutschen Engagements in der Not- und Übergangshilfe muss von strukturell angelegten Initiativen zur Reform der Nahrungsmittelhilfekonvention (Food Aid Convention, FAC) und Ausrichtung des Welternährungsprogramms (WEP) begleitet werden.

▪ **Entwicklungszusammenarbeit verstärken**

Entscheidend ist, dass die Entwicklung in den ärmsten Ländern vorankommt. Das Ziel, 0,7% des Bruttoinlandproduktes für Entwicklungshilfe auf Seiten der entwickelten Länder zur Verfügung zu stellen, muss umgehend stufenweise erreicht werden.

Ausreichende Nahrungsmittel zu bezahlbaren Preisen sind ein fundamentales Menschenrecht. Um dies durchzusetzen müssen wir Anstrengungen politischer, finanzieller, wirtschaftlicher und technischer Natur unternehmen. Dazu gehört auch, die wirtschaftlich gering entwickelten Staaten auf eine Weise in den Welthandel einzubeziehen, die ihre wirtschaftliche Entwicklung stärkt und nicht gefährdet. Hunger und Armut waren schon häufig die Quelle von Bürgerkriegen und internationalen Konflikten.

Es ist falsch anzunehmen, dass die reichen Länder der Welt auf Dauer von diesen Konflikten unberührt blieben. Darum liegt es auch in unserem

ureigenen Interesse, den Hunger auf der Welt zu besiegen. Dazu werden wir unseren Beitrag leisten.